

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt 08/2010

Stabile Brücken für den Arbeitsmarkt - Persönliche Notizen

Bundesregierung beschließt Maßnahmen zur Stabilisierung

Vor dem Hintergrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sind der Arbeitsmarkt und damit die Sozialkassen in Deutschland erstaunlich stabil geblieben. Es ist jetzt dennoch richtig, sich trotz der vielen guten Nachrichten nicht auszuruhen, sondern weiter Impulse zu setzen.

Die Koalition aus Union und FDP handelt daher genau in diesem Sinne: Mit dem **Beschäftigungschancengesetz** hat das Bundeskabinett an diesem Mittwoch ein Maßnahmenpaket beschlossen, das aus der Krise heraus Brücken zu mehr Beschäftigung baut.

Die durch das Konjunkturpaket II eingeführten Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld – Erstattungsregelung der Sozialversicherungsbeiträge, Erleichterung der Zugangsvoraussetzungen zur Kurzarbeit sowie die Gleichstellung von Konjunktur- und Saisonkurzarbeitergeld – werden bis zum 31. März 2012 **verlängert**.

Außerdem fallen **Leiharbeitnehmer** zukünftig unter die gleichen Regelungen zur Kurzarbeit wie andere Arbeitnehmer. Die Verlängerung bis zum Ende des ersten Quartals 2012 ermöglicht den Betrieben eine verlässliche Personalplanung ohne Entlassungen bis über den Winter 2011/2012 hinaus.

Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag hatte sich anlässlich eines arbeitsmarktpolitischen Gesprächs mit der Leiterin der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit, Frau Eva Strobel, bereits zu Beginn des Jahres für die Verlängerung der beitragsfreien Kurzarbeit ausgesprochen.

Durch die Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit werden kurzarbeitende Betriebe finanziell entlastet. Die Kurzarbeiterregelung ist gerade für Baden-Württemberg, als typisches **Mittelstandsland**, von größter Bedeutung. Der Arbeitsmarkt hier, insbesondere im Maschinenbau, wird von der nun beschlossenen Verlängerung stärker als anderswo in Deutschland stabilisiert, und den Unternehmen wird eine größere Planungssicherheit gegeben.

Mit dem von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmenpaket werden aber auch die Problemgruppen am Arbeitsmarkt in den Blick genommen.

Jugendlichen aus Hartz-IV-Familien wird durch eine neue **Ferienjobregelung** der Leistungsgedanke näher gebracht. Wer als Schüler nicht lernt, dass sich Leistung lohnt, kann diese Erfahrung nicht ins Erwachsenenalter mitnehmen. Daher dürfen Schülerinnen und Schüler, die in einer Bedarfsgemein-

schaft leben, zukünftig in den Schulferien anrechnungsfrei bis zu 1.200 Euro verdienen. Sie werden damit Schülern gleichgestellt, deren Eltern nicht hilfsbedürftig sind, und können sich mit ihrer Ferien-Arbeit eigene Wünsche erfüllen.

Auch die Situation von **Alleinerziehenden** soll verbessert werden. Alleinerziehende sind im Schnitt jünger als andere Langzeitarbeitslose, und sie sind besser ausgebildet. Dennoch verharren sie länger im Hartz-IV-Bezug. Daher werden für diese Zielgruppe in den Zielvereinbarungen mit der Bundesanstalt für Arbeit, den Ländern und den kommunalen Trägern konkrete Entwicklungsmaßnahmen aufgenommen, die laufend nachgehalten werden. Zudem wird begleitend zu den Ausbildungs- und Arbeitsangeboten eine Kinderbetreuung sichergestellt.

Auch ältere Leistungsempfänger sollen noch gezielter ihre Stärken und Kompetenzen in den Arbeitsmarkt einbringen. Erste Erfolge aus dem Bundesprogramm „**Perspektive 50plus**“ zeigen, wie viel Potential in dieser Zielgruppe steckt. Das Konzept dieses Programms wird zukünftig flächendeckend allen älteren Leistungsempfängern zu Gute kommen.

Mit diesem Maßnahmenbündel ist die Koalition aus Union und FDP der Finanz- und Wirtschaftskrise sehr entschlossen entgegengetreten.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich deshalb außerordentlich robust: In ihrer Frühjahrsprognose rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute damit, dass die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf 8,1 Prozent in 2010 und 7,9 Prozent in 2011 sinken wird. |

Im Jahresdurchschnitt erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute für 2010 bei noch erheblichen Risiken für die Konjunktur im weltwirtschaftlichen Umfeld und im Bankenbereich aufgrund der Belebung der Exportnachfrage ein **wirtschaftliches Wachstum** von 1,5 Prozent. Für 2011 sagen sie ein Wachstum von 1,4 Prozent voraus.

Anders ist die Lage bei den öffentlichen Haushalten. Hier erwarten die Institute für dieses und nächstes Jahr einen Anstieg der Defizite auf 4,9 Prozent beziehungsweise 4,2

Prozent, unter Berücksichtigung erster möglicher Konsolidierungsmaßnahmen im Haushalt 2011. Die Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse verlangt nämlich ab dem Jahr 2011 eine jährliche zusätzliche Konsolidierung des strukturellen Defizits um rund 10 Milliarden Euro bis zum Jahr 2016.

Die Institute plädieren für eine ausgabenseitige Konsolidierung. Unterstützung leisten die Institute für die Entscheidung der Bundesregierung und des Europäischen Rates, im Falle **Griechenlands** den Internationalen Währungsfonds in die möglicherweise erforderlichen Unterstützungsmaßnahmen einzubinden. Über mögliche bilaterale Hilfen für Griechenland im europäischen Rahmen muss aber gesondert entschieden werden.

Trauer um gefallene deutsche Soldaten

In der vergangenen Woche sind bei einem Anschlag von regierungsfeindlichen Kräften vier deutsche Soldaten getötet und fünf weitere verwundet worden. Erst am Karfreitag waren drei deutsche Soldaten bei einem Gefecht im Raum Kundus gefallen.

In ihrer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag hat Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag ihr tiefes Mitgefühl mit den Angehörigen und Freunden der getöteten und verwundeten Soldaten zum Ausdruck gebracht. Die Aufgabe der Deutschen Soldaten in Afghanistan ist es, die afghanische Regierung bei der Herstellung von Sicherheit zu unterstützen. Nur wenn ein Mindestmaß an Stabilität erreicht wird, kann verhindert werden, dass Afghanistan erneut zur Ausgangsbasis für global operierende Terroristen wird.

Auf diesen Zusammenhang hat die Bundeskanzlerin wieder hingewiesen und deutlich gemacht, dass die Soldatinnen und Soldaten, die in Afghanistan im Einsatz sind, ihren Dienst für unsere Sicherheit leisten. Sie bezeichnete den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan als notwendig im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. "Es wäre ein Trugschluss zu glauben, Deutschland wäre nicht im Visier des internationalen Terrorismus", sagte die Bundeskanzlerin.

In Trauer mit Polen verbunden

Mit einem Staatsakt sind der polnische Präsident Lech Kaczyński und seine Ehefrau Maria Kaczyńska am Sonntag auf der Wawel-Burg in Krakau beigesetzt worden. An der Trauerfeier in Krakau nahmen für Deutschland Bundespräsident Horst Köhler und Außenminister Guido Westerwelle teil.

Der Tod zahlreicher führender Repräsentanten unseres östlichen Nachbarn ist eine nationale Tragödie. Wir können den Schmerz der Polen nachvollziehen und fühlen uns in Trauer mit unseren Nachbarn und Freunden verbunden. Bei dem Absturz sind auch Freunde und Partner, mit denen die Union über ihre Schwesterparteien politisch zusammengearbeitet hat, ums Leben gekommen.

Die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion trauern mit dem polnischen Volk und mit den Angehörigen der Opfer. In den kommenden Wochen wird Polen den Weg zurück in die Normalität suchen. Auch diesen Weg wollen wir mit Anteilnahme begleiten.

Deutschland: Leitmarkt für Elektromobilität

Die Bundesregierung will im Rahmen eines Gipfelgesprächs mit Experten, Unternehmens- und Verbandsvertretern am 3. Mai 2010 den Startschuss für eine Nationale Plattform Elektromobilität geben. Für die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich alternativer Antriebe wird die Bundesregierung erhebliche Mittel bereit stellen.

Die Konjunkturprogramme der Bundesregierung enthalten zudem eine Zusage von weiteren 500 Millionen Euro bis zum Jahr 2011. Innerhalb der Bundesregierung gibt es dabei bereits eine abgestimmte Konzeption zur Förderung von Modellregionen für Elektromobilität, deren Entwicklung durch den Bund mit 115 Millionen Euro unterstützt wird.

In acht Modellregionen, so beispielsweise in Hamburg und in Berlin, werden zukunftsweisende, ganzheitliche Verkehrskonzepte für Elektromobilität erprobt. Am Montag in dieser Sitzungswoche hat die CDU/CSU-

Bundestagsfraktion unter der Federführung ihres Beauftragten für Elektromobilität, dem Konstanzer Abgeordneten Andreas Jung, in einem Fachgespräch den maßgeblichen Akteuren eine Plattform geboten, um die technischen, wirtschaftlichen und ökologischen sowie politischen Aspekte dieses Themas zu erörtern.

Ausgehend von dem Ziel, in den kommenden zehn Jahren eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straßen zu bringen, geht es jetzt beispielsweise darum, in den Ballungsräumen möglichst zügig den Aufbau eines Netzes von Ladestellen für Elektrofahrzeuge voranzubringen.

Zitat

«Jedem Mitglied dieses Hauses, das sich ernsthaft mit dieser Frage beschäftigt hat - und das unterstelle ich jedem von uns -, war dies vor der Abstimmung über das aktuelle Mandat bewusst. Wir können von unseren Soldaten nicht Tapferkeit erwarten, wenn uns selbst der Mut fehlt, uns zu dem zu bekennen, was wir beschlossen haben.»

(Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag zu kriegsähnlichen Zuständen in Afghanistan in ihrer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag)

Persönliche Notizen

Ich hoffe, Sie alle hatten eine Frohe Osterzeit. Ich habe die Zeit zu einigen Firmenbesuchen und vielen Gesprächen und Veranstaltungen im Wahlkreis genutzt.

1. Zu Gemeindebesuchen hatte ich die Gelegenheit, wieder in Bopfingen und Gerstetten zu sein.
2. In Sozial- und Bildungseinrichtungen war ich zu Gast bei der AJO und im Albstift Aalen sowie bei den Kolpingbildungswerken in Ellwangen und Heidenheim. Hier wurde deutlich, dass frühkindliche Bildung, also auch verpflichtende Kindergartenjahre insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund zum vollwertigen Spracherwerb zwingend sind, für ein erfolgreiches lebenslanges Lernen und für berufliche und gesellschaftliche Integrati-

on. Der sehr lesenswerte und hilfreiche Sozialbericht des Ostalbkreises, bei dessen Vorstellung ich anwesend war, spricht Bände. Die Folgerungen und deren Umsetzung werden eine wichtige Aufgabe für uns alle.

3. Bei den Firmenbesuchen sind die Firma Rupp in Hohenberg, wo wir intensiv über die Landwirtschaft diskutierten, die Straßenbaufirma Bortolazzi, bei der ich ein langes und offenes Gespräch mit der Bopfinger Belegschaft hatte, die Firmen Graf, Edelmann und Voith in HDH sowie die debeka in Giengen und SHW Casting in Aalen zu nennen. Bei Voith traf ich neben der Firmenleitung auch den Gesamtbetriebsrat zu einem intensiven Gedankenaustausch. Ergänzend hatte ich, um mich auch über die Kreditversorgungslage für den Mittelstand zu erkundigen, Gespräche mit regionalen Banken in Aalen und Heidenheim. Sehr erfreulich war auch die 8. Leistungsschau in Waldhausen mit 27 Ausstellern.
4. Neben der IG Metall Aalen, wo wir u.a. intensiv über Mindestlöhne diskutierten, hatte ich gute Gespräche mit Südwestmetall, wo auch eine chinesische Delegation zu Besuch war. Unsere Region steht im Interesse von internationalen Investoren, arbeiten wir daran, dass es so bleibt.
5. Bürgerinitiativen gewinnen zunehmend an Bedeutung, auch in unserer Region. Nach der BI Scheiger in Ebnat habe ich die Gespräche mit den Bürgerinitiativen für Ortsumfahrungen längs der L1060 in Dirgenheim und der Bürgerinitiative Raithel in Sachen atomares Zwischenlager in HDH fortgesetzt.
6. Kulturell habe ich in vielen Veranstaltungen der Blasmusik u.a. in Röhlingen, Lauchheim und Söhnstetten musikalischen Genuss erlebt. Vorträge zu „Was heißt heute konservativ“ an der HS Aalen bzw. zur Arbeit im Bundestag bei der Stiftung Schloß Fachsenfeld haben auch mich gefordert.

7. Politisch haben wir gemeinsam mit unserer Frauen Union in Hüttlingen und mit unserer Senioren Union in HDH spannende Veranstaltungen gehabt. Jetzt geht es um die wirksame Vorbereitung unseres Landtagswahlkampfes. Mit einer Ortsvorsitzendenkonferenz der CDU in Saverwang hat der Auftakt begonnen.

8. In Ergänzung zu den vorhergehenden Informationen zur Photovoltaikvergütung möchte ich einen aktuellen Sachstand übermitteln: Eine Kontroverse zwischen den Sachverständigen über den vertretbaren Umfang der von der Koalition avisierten Kürzung der Subventionierung von Photovoltaik prägte am Mittwoch die Anhörung des Unterausschusses über den Entwurf zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG).

Rückhalt fanden die Pläne für eine spürbaren Reduzierung der von den Bürgern über einen Aufschlag auf den Strompreis finanzierten Subventionierung bei Holger Krawinkel vom Bundesverband der Verbraucherzentralen und bei Frank Peter von der Prognos AG. Beide warnten vor ungerechtfertigten Belastungen der Konsumenten.

Eicke R. Weber vom Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme und Wolfgang Seeliger von der Landesbank Baden-Württemberg beschworen hingegen die Gefahren, die von einer zu hohen Senkung der Vergütungssätze ausgehen: Wegen sinkender Renditen würden Betreiber von Photovoltaikanlagen verstärkt auf Billigimporte aus dem Ausland umsteigen.

Über die weitere Entwicklung der Thematik werde ich wieder zeitnah informieren.

9. In dieser Sitzungswoche hatte ich wieder schönen Besuch aus dem Wahlkreis, Dr. Rafael Binkowski begleitete mich zwei Tage in meiner Arbeit. Am Donnerstag diskutierte ich mit einer Besuchergruppe aus Jagstzell und Röhlingen über Entbürokratisierung, Energiepolitik und den Straßenbau

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

(B29/L1060) in unserer Region. Dabei waren dann auch Stuttgart/Baden-Württemberg 21 Thema.

10. Bis zur nächsten Sitzungswoche nehme ich vom 25.4. - 30.4. an einer Dienstreise des Europa-Ausschusses nach Bosnien und Kroatien teil. Dies verbinde ich dann mit einem Vortrag über meine Erfahrungen als konservativer Politiker im Deutschen Parlament. Den halte ich auf Einladung unserer Konrad-Adenauer-Stiftung in Skopje/Mazedonien. Am 30. April werde ich dann abends bei der JU Ellwangen am Mailennium teilnehmen.
11. Diese Woche hatte ich bereits meine 5. Rede im Bundestag, dieses Mal zum Europäischen Auswärtigen Dienst, hier gilt es zusätzliche Bürokratie zu vermeiden. Sie finden den Text der Rede auf meiner Homepage.
12. Die Heiße-Eisen-Liste geht in ihre zweite Runde. Ich organisiere aktuell die Treffen in Westhausen für den Landkreis Aalen (21.6.2010) und für den Landkreis Heidenheim in Steinheim am 19.7.2010. Dabei werden die Sachstände der ersten „heißen“ Themen erörtert und neue Themenfelder eröffnet. Insbesondere ein Arbeitsmarktmonitor liegt mir am Herzen.
13. Bei der letzten Landesgruppensitzung hatte ich Gelegenheit mit unserer Umwelt- und Verkehrsministerin Tanja Gönner über die Straßen- und Eisenbahnverkehrssituation unserer Region sowie über unsere Idee eines Netzwerks Erneuerbare Energien zu sprechen. Zu beiden Themen bat sie mich um ausführliche weitere schriftliche Erläuterungen. Das machen wir gerne.

Herzliche Grüße

Ihr und Euer Roderich Kiese Wetter